

Im Haushalt mehr Gas verwenden

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **23 (1948)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

in Genf ist, nahm manchem Teilnehmer zum Vorneherein seine zu Hause noch gehabte aggressive Einstellung. Es liegt im Charakter der Stadt Genf, daß sie eine unbeschwerte Stimmung schafft.

Der beschriftete Saal mit seinen beiden *Slogans*: «Economie capitaliste = Travail au service du capital», «Economie coopérative = Capital au service du travail» und die mit Blumen geschmückten Tische gaben eine frohe Note in den sonst so nüchternen Saal. Den Genfer Genossen sei für diese Aufmerksamkeit herzlich gedankt.

Präsident A. Vogt, Zürich, begrüßte die Delegierten in seiner schlichten Art und Weise und verstand es auch meisterhaft, die Debatten zu leiten. Von der reichlichen Traktandenliste möchte ich ganz besonders das Referat von Nationalrat Dr. Max Weber über «Die Lage der Bauwirtschaft und deren Folgen für unsere Produktivgenossenschaften» erwähnen. Man darf füglich behaupten, daß noch selten ein Thema mit solch sachlicher, meisterhafter Gründlichkeit behandelt worden ist. Es ist erfreulich, daß der VSP es verstand, sich einen Referenten mit solch großen Fach- und Sachkenntnissen zu sichern. Die welschen Genossenschaftler nannten dieses Referat «un bijou».

Eine besonders lebhaft diskutierte sich zum Thema *Solidaritätsfonds*, einem Vorschlag der Sektion Zürich. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Produktivgenossenschaften diese Politik des Herzens sich zu eigen machen.

Ein weiteres Thema der Generalversammlung war die Entschliebung zur Frage der *Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeiterproduktivgenossenschaften*. Es wird sicherlich unsere Baugenossenschaften interessieren, um was es hier geht, und wir geben hiermit den ganzen Text dieser *Resolution*:

Ausgehend von der Tatsache, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterproduktivgenossenschaften zwei Organismen darstellen, die bestrebt sind, eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter herbeizuführen und deren Ausbeutung vom Menschen durch den Menschen einzudämmen oder wenn möglich ganz abzuschaffen, beschließt die Sektion Zürich des Verbandes Sozialer Baubetriebe, alles zu tun, um die gegenseitigen Interessen zu schützen, zu wahren und zu fördern.

Das geschieht insbesondere:

- a) durch Zuweisung von bestausgewiesenen, mit dem Beruf vertrauten Arbeitskräften an die Produktivgenossenschaften;
- b) durch weitgehende Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften durch die Genossenschaftler;
- c) durch enge Zusammenarbeit, insbesondere aber bei eventuell eintretenden Konflikten;
- d) durch gründliche Abklärung, ob und wann und unter welchen Voraussetzungen die Produktivgenossenschaften mitkämpfen sollen.

Die eingangs erwähnten Organisationen erklären sich mit den angeführten Richtlinien einverstanden. Sie erachten eine Zusammenarbeit im erwähnten Rahmen als notwendig und glauben, daß nur auf einer solchen Basis eine weit um sich greifende, unseren Zielen und Idealen dienende Gesamtbewegung auf- und ausgebaut werden kann.

Kollege Berger verstand es meisterhaft, den Delegierten diese Angelegenheit so leicht als möglich zu machen, und seine wirklich überzeugenden Ausführungen führten dann zu dem erfreulichen Resultat, daß die Resolution mit 31 Ja gegen 1 Nein angenommen wurde. Der Abend vereinigte die Delegierten zu einem *gemeinsamen Nachtessen*, wo man ungezwungen zusammensitzen konnte, um weiter zu diskutieren, alte Freundschaften zu erneuern und neue zu schließen. Besonders wohltuend war es, daß man das Nachtessen nicht mit dem Abhören von Reden verdienen mußte.

Der Abend wurde freigegeben, und man verzog sich einzeln oder in Gruppen. Böse Zungen behaupteten, daß es einzelnen gerade noch gelungen sei, zum Frühstück in ihr Hotel zu kommen.

Der Sonntag vereinigte die ganze Genossenschafterschar zu einem *Ausflug* auf den «Salève» und zu einem gemeinsamen Mittagessen. Dort gab es eine gehobene Stimmung, und wir Deutschschweizer begannen uns der sonstigen Schwerfälligkeit zu entledigen.

Welcher Jahrgang daran schuld ist, weiß ich nicht. Alles in allem kann man von einer erfreulichen Tagung berichten, und wir wünschen dem Verband Sozialer Baubetriebe alles Gute bis zu seiner nächsten Generalversammlung.
H. B.

GAS UND ELEKTRISCH

Im Haushalt mehr Gas verwenden

Das hat einer gesagt, der sich in der Landesversorgung mit Kraft und Wärme auskennt, der Vorstand der industriellen Betriebe der Stadt Zürich, Stadtrat J. Baumann. Die Förderung des Gasabsatzes ist nämlich nicht nur nötig, weil die

Elektrizitätswerke noch auf Jahre hinaus nicht in der Lage sein dürften, namentlich im Winter genügend Strom zu liefern. Daneben ist die Finanzlage der Gaswerke, die zumeist *kommunale Unternehmen* sind, seit dem Kriege ziemlich ge-

spannt und die seitherige Aufwärtsentwicklung hat noch nicht zu einer völligen Erholung geführt. Das deshalb, weil wegen der im Verhältnis zu den Kohlenpreisen ungenügenden Kokspreise die Gaswerke vor allem darauf angewiesen sind, *den Gasabsatz möglichst zu fördern*, was aber wegen der Subventionspraxis gewisser Elektrizitätsunternehmen nicht so einfach ist. Dessenungeachtet muß der Erhaltung und Förderung des Gasabsatzes vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn die Gaswerke können erst wirtschaftlich geführt werden,

wenn eine bestimmte Mindestmenge Kohle durchgesetzt wird, was nur durch *vermehrten Gaskonsum* möglich ist. Was für Zürich zutrifft, hat auch Geltung für die andern Werke, weswegen vom volkswirtschaftlichen und kommunalpolitischen Gesichtspunkt aus die Ermahnungen, den Gasabsatz zu fördern, alle Beachtung verdienen und von den Bauherren wie von den Hausfrauen nicht in den Wind geschlagen werden sollten.

gr.

Da stimmt etwas nicht

Unsere Gaswerke haben als Kriegsnachwehen mit etwelchen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch eine *Steigerung des Gaskonsums* behoben werden könnten. Das hat anlässlich der Eröffnung der Ausstellung «Von der Kohle zum Gas» der Vorstand der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich, Stadtrat J. Baumann, gesagt. Andererseits ist unsere Elektrizitätswirtschaft zur Einfuhr von Energie gezwungen, um das Strommanko bis zu einem gewissen Grade decken zu können. Heute schon konsumieren Elektroherde und -boiler rund 1200 Millionen Kilowattstunden, und die Elektroküche wird weiter gefördert, statt der *Gasküche* Vorschub zu leisten. Bei etwas mehr Planung und Lenkung der Wärmeversorgung unseres Landes wäre es einerseits den kommunalen Gaswerken möglich, ihre Kapazität auszunützen, wo-

mit auf der andern Seite der Stromknappheit abgeholfen wäre. *Elektrizität und Gas müssen nebeneinander eingesetzt werden*. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß es sich bei der Kohlenveredlung in den Gaswerken um eine *nationale Industrie* handelt, die nicht nur eine Wärmequelle darstellt, sondern für Industrie und Gewerbe auch unentbehrliche Werkstoffe liefert, die Gaswerke also schon deswegen für alle Zukunft bestehen bleiben müssen, ganz abgesehen davon, daß die Elektrizität aus unsern Wasserkräften bestenfalls zur Hälfte für unsere Kraft- und Wärmeversorgung ausreicht, zur Deckung der andern Hälfte aber weitgehend die Steinkohle herangezogen werden muß. Das Problem, das hier gestellt ist, zu lösen, sollte der freien Wirtschaft zugemutet werden dürfen.

gr.

Die Aussichten für unsere Elektrizitätsversorgung

Die ausgiebigen Regenfälle der letzten Monate haben da und dort in der Öffentlichkeit die Meinung aufkommen lassen, unsere Elektrizitätsversorgung sei glänzend, da auf lange Sicht nicht mit Wassermangel zu rechnen sei. Tatsache ist, daß diesen Herbst die Elektrizitätsversorgung von wesentlich günstigeren Voraussetzungen ausgehen kann als letztes Jahr, als eine außergewöhnliche Trockenheit die Wasserführung der Flüsse auf ein Minimum zusammenschumpfen ließ.

Die Niederschläge in den vergangenen Sommermonaten brachten den Flüssen eine weit überdurchschnittliche Wasserführung. Der Rhein bei Rheinfeldern zum Beispiel führte Anfang Juli zweimal so viel Wasser als durchschnittlich. Die Regenfälle haben aber außerdem die Speicherbecken in den Voralpen ganz gefüllt und darüber hinaus mit reichlichen Zuflüssen versehen, die laufend zur Elektrizitätserzeugung verwertet werden konnten. Die kalte Witterung im Juni und Juli hat allerdings auf der andern Seite die Füllung der hochgelegenen Speicherseen verzögert, da diese auf Schmelzwasser und damit auf warmes Wetter angewiesen sind. Die warme Witterung Ende Juli und Anfang August hat dann die Füllung der alpinen Stauseen mächtig gefördert. Anfang September waren 1085 Millionen Kilowattstunden auf Vorrat gelegt, was 94 Prozent des insgesamt verfügbaren Stauraumes ausmacht. Damit ist die Speicherfüllung um 168 Millionen Kilowattstunden besser als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Man kann annehmen, daß bis Anfang Oktober die Speicherseen ganz gefüllt sein werden.

Wenn damit auch die Ausgangslage für die Elektrizitäts-

versorgung im Herbst und Winter 1948/49 bedeutend besser ist als im Vorjahr, so weiß man immerhin noch nicht, wie sich die Wasserführung der Flüsse im Winter gestalten wird. Zwei Drittel der benötigten Elektrizitätsmenge müssen eben auch im Winter in den Laufkraftwerken erzeugt werden.

Der besseren Ausgangslage steht überdies ein gesteigerter Bedarf gegenüber. Die Bedarfszunahme hat sich allerdings gegenüber früher etwas verlangsamt und ist nicht mehr so stürmisch.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß im kommenden Winter bei mindestens mittlerer Wasserführung der Flüsse nicht mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen ist. Wenn also bei einigermaßen günstigen Verhältnissen Industrie und Gewerbe wahrscheinlich voll beliefert werden können, so kann man heute noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, ob nicht im Haushalt gewisse Einschränkungen, zum Beispiel der elektrischen Raumheizung usw., nötig werden. Unbedenklicher Optimismus ist leider noch nicht am Platze, da man nicht weiß, wie der Winter wird.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß im kommenden Winter neue Kraftwerke zur Verfügung stehen werden. Das Lucendrowerk wird erstmals mit voller Kapazität eingesetzt werden können, Rossens wird in Betrieb sein, und das thermische Kraftwerk Beznau steht mit einer Gruppe zur Verfügung. Vom Neujahr an hofft man auch die zweite Gruppe dieses thermischen Kraftwerkes in Betrieb nehmen zu können.